



# KPÖ weist Weg in bessere Zukunft ihres Landes

Von Alfred Marter

Nach dem XXIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, der vom 7. bis 11. Dezember 1977 in Wien stattfand, hat die Parteiarbeit einen Aufschwung erfahren. Der Parteitag nahm nach ausführlichen Beratungen, in denen insgesamt 80 Genossinnen und Genossen das Wort ergriffen, vier Entschlüsse an. Sie waren das Ergebnis einer marxistisch-leninistischen Analyse der internationalen Situation und des Kräfteverhältnisses sowie der Lage und Entwicklung in Österreich und legten die Grundzüge der Strategie und Taktik der Partei fest. Umfassend erfolgt dies in der Resolution „Die neue Situation in Österreich und der Welt — Für Sicherheit, sozialen Fortschritt, für Demokratie, Frieden und internationale Solidarität“.

Im Vordergrund der täglichen Arbeit steht vor allem das Dokument „Alternativen zur Krisensituation“, ein Zehnpunkteprogramm, das, wie Genosse Muhri, Vorsitzender der KPÖ, im Bericht an den Parteitag ausführte, Forderungen enthalte, deren Verwirklichung noch keine Änderung der Gesellschaftsordnung bedeutet. Es beinhaltet aber solche Teilziele, „die heranführen an den Kampf um die Zurückdrängung und Ausschaltung der Macht und der Privilegien des in- und ausländischen Kapi-

tals“. Das Programm enthält vor allem drei Hauptforderungen:

1. Schaffung neuer Arbeitsplätze — bis 1985 mindestens 400 000 — durch Verringerung des Imports von Erzeugnissen aus EWG-Ländern, die in Österreich produziert werden könnten; eine Struktur- und Regionalpolitik, die den Ausbau hochintensiver Fertigungsindustrien im Rahmen des verstaatlichten Sektors unter Berücksichtigung industriell zurückgebliebener Gebiete des Landes gewährleistet; Verwirk-

lichung eines großen Wohnungsbau-, Altsiedlungs- und eines Umweltschutzprogramms.

2. Grundlegende Änderung der Außenwirtschaftspolitik durch Lösung von der einseitigen Bindung an die EWG, durch weitere Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten und den Entwicklungsländern.

3. Hebung der Kaufkraft der werktätigen Massen durch eine aktive Lohn- und Sozialpolitik, durch eine soziale Steuerreform.

## Grundlage für die Herstellung der Aktionseinheit

Dieses Alternativprogramm stellt eine allgemeine Grundlage für die Herstellung der Aktionseinheit dar, das heißt, für den Kampf um gemeinsame Initiativen, Aktionen und Bewegungen der Arbeiterklasse und aller antimonopolistischen Kräfte in Österreich.

Als wichtigstes neues Moment in der innenpolitischen Entwicklung seit dem XXII. Parteitag der KPÖ 1974 wurde im Bericht der „Übergang von einer Phase der langanhaltenden Hochkonjunktur in der Wirtschaft mit relativ hohen Wachstumsraten zu einer Phase der Instabilität, der Krisenscheinungen, starker Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung... verbunden mit längerfristigen Krisen in ver-

schiedenen Bereichen“ eingeschätzt. Das Wirtschaftswachstum stagniert, die Staatsschulden werden 1978 etwa 198 Mrd. Schilling betragen, das Außenhandelsdefizit belief sich 1977 auf 700 Mrd. Schilling. Die KPÖ stellt die Aufgabe, die Kampfbereitschaft der Werktätigen zu erhöhen und sie besonders in den Betrieben zu Aktionen zu führen. Dazu ist es notwendig, die Grundorganisationen der Partei zu stärken, die Arbeit ihrer Leitungen zu verbessern und die politisch-ideologische Arbeit mit den Genossen und Werktätigen zu vertiefen. Der Parteitag faßte in diesem Zusammenhang den Beschluß „Für die politisch-ideologische und organisatorische Stärkung der Partei“.